

BFH – Anhängige Verfahren

EGV 883/2004 Art 68 Abs 2 S 3:

Kindergeld, Entsendung, Ausland, Differenzkindergeld, Familienleistung

Bundesfinanzhof Az: III R 4/26

Hat ein von Ungarn nach Deutschland entsandter Arbeitnehmer, dessen in Ungarn wohnende Kinder dort Familienleistungen erhalten, in Deutschland Anspruch auf (Differenz-)Kindergeld nach § 62 Abs. 1 EStG i.V.m. Art. 67, 68 der VO Nr. 883/2004, wenn der deutsche Kindergeldanspruch unionsrechtlich ausschließlich durch seinen Wohnort ausgelöst wird?

Finden in Entsendungsfällen die Antikumulierungsvorschriften der VO Nr. 883/2004 überhaupt Anwendung?

Falls ja, was löst die Ansprüche im Sinne von Art. 68 VO Nr. 883/2004 aus?

Ist Art. 68 Abs. 2 Satz 3 VO Nr. 883/2004 in Entsendungsfällen anwendbar?

EGV 883/2004 Art 68:

Kindergeld, Familienleistung, Auskunftersuchen, Polen

Bundesfinanzhof Az: III R 37/25

Ist der Anspruch auf deutsches Kindergeld aufgrund des Anspruchs auf polnische Familienleistungen nach der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 teilweise ausgeschlossen?

Wie ist mit einer fehlenden Rückmeldung zum Anspruch auf ausländische Familienleistungen umzugehen bzw. ab wann und unter welchen Umständen ist von einem Scheitern des Auskunftersuchens auszugehen?

Wie ist die Beweisnähe zu bewerten bzw. in wessen Sphäre fällt die Nichterweislichkeit der Tatsache (Anspruch auf polnische Familienleistung)?

ErbStG § 10 Abs 1 S 1:

Erbschaftsteuer, Sachvermächtnis, Aufschiebende Bedingung, Abzinsung

Bundesfinanzhof Az: II R 13/26

Ist der Wert der in einem aufschiebend bedingten Sachvermächtnis liegenden Belastung des Erben für die Zeit zwischen dem Erbanfall und dem durch Bedingungseintritt erfolgten Vermächtnisanfall auf den Zeitpunkt des Erbfalls als dem Zeitpunkt der Steuerentstehung abzuzinsen?

EStG § 1 Abs 3:

Kindergeld, Differenzkindergeld, Vermietungseinkünfte, Ausland, Wohnsitz

Bundesfinanzhof Az: III R 1/26

Besteht ein Anspruch auf Kindergeld nach § 62 Abs 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b EStG, wenn die Familie im Vereinigten Königreich lebt, die Kindesmutter jedoch aufgrund in Deutschland erzielter Vermietungseinkünfte gem. § 1 Abs. 3 EStG als unbeschränkt einkommensteuerpflichtig behandelt wird und das im Vereinigten Königreich gezahlte Child

Benefit wegen Überschreitens der Einkommensgrenzen des Vaters nicht zur Auszahlung gelangt?

EStG § 15:

Doppelbesteuerungsabkommen, Gewerbliche Einkünfte, Nichtselbständige Tätigkeit, Geschäftsführer

Bundesfinanzhof Az: VI R 4/26

Deutsches Besteuerungsrecht an Vergütungen für eine Tätigkeit als "Verwalter" mehrerer italienischer Kapitalgesellschaften mangels Vorliegens einer festen Geschäftseinrichtung in Italien (in diesem Zusammenhang: Abgrenzung einer gewerblichen von einer nicht-selbständigen Tätigkeit)?

EStG § 19 Abs 1 S 1 Nr 3 S 2:

Zukunftssicherung, Arbeitslohn, Ausscheiden, Gegenwert, Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Verfassungsmäßigkeit, Gleichheitsgrundsatz

Bundesfinanzhof Az: VI R 7/26

Zum Vorliegen eines lohnsteuerrechtlichen Vorteils im Sinne der bisherigen Rechtsprechung (zuletzt BFH-Urteil vom 15.06.2023 - VI R 27/20): Sind Gegenwertzahlungen eines Arbeitgebers bei Austritt aus der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder als Arbeitslohn nach § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Satz 2 EStG i.d.F. des JStG 2007 zu beurteilen?

Im Verfahren VI R 49/12 erging am 14.11.2013 ein Vorlagebeschluss an das BVerfG (Az. 2 BvL 7/14). Das Verfahren VI R 49/12 war durch Beschluss vom 14.11.2013 bis zur Entscheidung des BVerfG in dem Verfahren 2 BvL 7/14 ausgesetzt. Der Vorlagebeschluss wurde am 11.06.2026 aufgehoben. Das Verfahren wurde wieder aufgenommen.

EStG § 19 Abs 1 S 1 Nr 3 S 2:

Zukunftssicherung, Arbeitslohn, Ausscheiden, Gegenwert, Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Verfassungsmäßigkeit, Gleichheitsgrundsatz

Bundesfinanzhof Az: VI R 8/26

Zum Vorliegen eines lohnsteuerrechtlichen Vorteils im Sinne der bisherigen Rechtsprechung (zuletzt BFH-Urteil vom 15.06.2023 - VI R 27/20): Sind Gegenwertzahlungen eines Arbeitgebers bei Austritt aus der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder als Arbeitslohn nach § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Satz 2 EStG i.d.F. des JStG 2007 zu beurteilen?

Im Verfahren VI R 50/12 erging am 14.11.2013 ein Vorlagebeschluss an das BVerfG (Az. 2 BvL 8/14). Das Verfahren VI R 50/12 war durch Beschluss vom 14.11.2013 bis zur Entscheidung des BVerfG in dem Verfahren 2 BvL 8/14 ausgesetzt. Der Vorlagebeschluss wurde am 11.06.2026 aufgehoben. Das Verfahren wurde wieder aufgenommen.

EStG § 20 Abs 2 S 1 Nr 1:

Wertpapier, Verlust, Uneinbringlichkeit, Kapitalforderung, Aktie

Bundesfinanzhof Az: VIII R 5/26

Kann ein sonstiger Ausfall von Wirtschaftsgütern im Sinne des § 20 Abs. 1 EStG (hier: American Depositary Receipts und Global Depositary Receipts) auch ohne Veräußerung oder Ausbuchung zu einem Verlust aus Kapitalvermögen führen? Und gilt dies auch nach Aufhebung der Verlustverrechnungsbeschränkung des § 20 Abs. 6 Satz 6 EStG a.F. durch Art. 3 Nr. 7 Buchst. c des JStG 2024 vom 02.12.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 387)?

EStG § 21 Abs 1 S 1 Nr 1:

Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, Vertragsverhältnis, Familie

Bundesfinanzhof Az.: IX R 6/26

Zurechnung von Vermietungseinkünften – Welchem Familienmitglied sind die betreffenden Vermietungseinkünfte in den Streitjahren 2014 bis 2020 zuzurechnen?

Die Revision wurde vom Bundesfinanzhof aufgrund eines qualifizierten Rechtsanwendungsfehlers nach § 115 Abs. 2 Nr. 2 Alternative 2 der Finanzgerichtsordnung zugelassen.

EStG § 22 Nr 1 S 3 Buchst c:

Energiepreispauschale, sonstige Einkünfte, Rente, Gleichheit

Bundesfinanzhof Az.: X R 27/25

Verstößt die Besteuerung der an Rentner ausgezahlten Energiepreispauschale nach dem Rentenbeziehende-Energiepreispauschalengesetz als sonstige Einkünfte gem. § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchst. c EStG gegen den allgemeinen Gleichheitssatz (Art. 3 GG)?

EStG § 23:

Gesellschaft bürgerlichen Rechts, Auseinandersetzung, Wohnung, Zuordnung

Bundesfinanzhof Az.: IX R 5/26

Führt die wertgleiche Auseinandersetzung einer vermögensverwaltenden GbR ohne Geld-Spitzenausgleich, bei dem eine Wohnung einem Gesellschafter schon bei Gründung im damaligen notariellen Gesellschaftsvertrag zum Alleineigentum zugewiesen wurde, zu einem entgeltlichen Tausch im Sinne des § 23 EStG oder lediglich zu einem steuerneutralen Zuordnungsakt?

EStG § 24 Nr 1 Buchst c:

Versicherungsvertreter, Ausgleichszahlung, Ermäßigter Steuersatz, Zusammenballung

Bundesfinanzhof Az.: IV R 6/26

Sind Ausgleichszahlungen, die ein Versicherungsvertreter von seiner Versicherung in zwei aufeinanderfolgenden Jahren für die jeweilige Abgabe eines Teils seines Versicherungsbestands an das Versicherungsunternehmen erhält, ermäßigt zu besteuern?

EStG § 32a Abs 1 S 2:

Grundfreibetrag, Verfassung, Existenzminimum

Bundesfinanzhof Az.: III R 41/25

Ist der für den Veranlagungszeitraum 2023 in § 32a Abs. 1 Satz 2 EStG i.d.F. des Inflationsausgleichsgesetzes festgelegte Grundfreibetrag verfassungsgemäß, insbesondere im Hinblick auf das aus Art. 1 i.V.m. Art 20 Abs. 1 GG folgende Gebot der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums?

EStG § 34c Abs 6 S 2:

Gewerbsteuer, Quellensteuer, Anrechnung

Bundesfinanzhof Az.: I R 2/26

Anrechnung US-amerikanischer Quellensteuer auf Kapitalerträge auf die deutsche Gewerbesteuer

Sind ausländische Quellensteuern in entsprechender Anwendung des § 34c EStG und § 26 KStG auch bei der Gewerbesteuer abziehbar?

EStG § 4 Abs 2 S 1:

Feststellungslast, Bilanzberichtigung, Verbindlichkeit

Bundesfinanzhof Az.: IX R 8/26

Feststellungslast bei nicht aufklärbarem Bilanzansatz von Verbindlichkeiten - Wer trägt die Feststellungslast dafür, ob eine Bilanzberichtigung nach § 4 Abs. 2 Satz 1 des Einkommensteuergesetzes erfolgswirksam oder erfolgsneutral vorzunehmen ist, wenn sich die maßgeblichen Umstände nicht mehr aufklären lassen?

EStG § 62 Abs 1 S 1 Nr 2:

Kindergeld, Differenzkindergeld, Vermietungseinkünfte, Ausland, Wohnsitz

Bundesfinanzhof Az.: III R 54/25

Besteht ein Anspruch auf Kindergeld nach § 62 Abs 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b EStG, wenn die Familie im Vereinigten Königreich lebt, die Kindesmutter jedoch aufgrund in Deutschland erzielter Vermietungseinkünfte gem. § 1 Abs. 3 EStG als unbeschränkt einkommensteuerpflichtig behandelt wird und das im Vereinigten Königreich gezahlte Child Benefit wegen Überschreitens der Einkommensgrenzen des Vaters nicht zur Auszahlung gelangt?

EStG § 68 Abs 1:

Mitteilungspflicht, Veränderungsmitteilung, Zugang, Kindergeld

Bundesfinanzhof Az.: III R 49/25

Ist die Mitteilungspflicht nach § 68 Absatz 1 EStG – entgegen des allgemeinen Grundsatzes des Wirksamwerdens von Erklärungen mit Zugang (§ 130 Absatz 1 Satz 1 BGB) – bereits mit dem bloßen Absenden einer Veränderungsmitteilung vollumfänglich erfüllt?

EStG § 6b Abs 3:

Grundstück, Behaltefrist, Zurechnung, Schwestergesellschaft, Reinvestitionsrücklage

Bundesfinanzhof Az.: IV R 9/26

Ist die Besitzzeit im Sinne von § 6b Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 des Einkommensteuergesetzes (EStG) bei der Veräußerung eines Wirtschaftsguts an einen fremden Dritten gewahrt, wenn das weiterveräußerte Wirtschaftsgut (Grundstück) zuvor zwischen beteiligungsidentischen Schwesterpersonengesellschaften unter Bildung einer Rücklage nach § 6b Abs. 3 EStG (teil-)entgeltlich veräußert wurde und es dem an beiden Personengesellschaften zu jeweils 100 % beteiligten Kommanditisten jedenfalls wirtschaftlich mindestens sechs Jahre zuzurechnen war?

EStG § 70 Abs 2:

Kindergeld, Familienleistung, Rückforderung, Dänemark

Bundesfinanzhof Az: III R 51/25

Ist die deutsche Familienkasse nach Art. 68 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 berechtigt, eine Kindergeldfestsetzung nach § 70 Abs. 2 EStG aufzuheben und Kindergeld zurückzufordern, wenn zwar Dänemark nach den Prioritätsregeln vorrangig für Familienleistungen zuständig ist, dort wegen fehlender Antragstellung aber tatsächlich keine Familienleistungen festgesetzt und ausgezahlt wurden?

EStG § 70 Abs 2:

Kindergeld, Familienleistung, Dänemark, Rückforderung

Bundesfinanzhof Az: III R 52/25

Ist die deutsche Familienkasse nach Art. 68 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 berechtigt, eine Kindergeldfestsetzung nach § 70 Abs. 2 EStG aufzuheben und Kindergeld zurückzufordern, wenn zwar Dänemark nach den Prioritätsregeln vorrangig für Familienleistungen zuständig ist, dort wegen fehlender Antragstellung aber tatsächlich keine Familienleistungen festgesetzt und ausgezahlt wurden?

EStG § 70 Abs 2:

Kindergeld, Wohnort, Unterschiedsbetrag

Bundesfinanzhof Az: III R 43/25

Inwieweit liegt die Beweislast für den Anspruch auf spanische Familienleistungen bei der Klägerin, wenn die ausländische Behörde auf Anfragen zur Antragsprüfung nicht reagiert und die Unklarheit über das Bestehen eines Anspruchs aufgrund fehlender Mitwirkung oder mangelnder Kooperation durch die ausländische Stelle entsteht?

EUV 952/2013 Art 101 Abs 1:

Antidumpingzoll, Tarifierung, Einreihung, Einfuhrumsatzsteuer

Bundesfinanzhof Az: VII R 9/26

1. Ist Art. 2 Abs. 1 vierter Gedankenstrich DVO (EU) Nr. 2021/1784 als autonome antidumpingrechtliche Ausnahmenvorschrift eigenständig nach ihrem Sinn und Zweck auszulegen oder ist uneingeschränkt auf die für die Kombinierte Nomenklatur entwickelte EuGH-Rechtsprechung zum Begriff der "Teile" zurückzugreifen?
2. Sind luftfahrtrechtlich zertifizierte ULD – Luftfrachtpaletten - funktional als Teil luftfahrtbezogener Systeme einzuordnen?
3. Setzt die Anwendung der Ausnahmenvorschrift eine vorherige Endverwendungsbewilligung auch dann voraus, wenn die vorherige Beantragung eines Endverwendungsverfahrens aus objektiver Sicht tatsächlich nicht möglich war?
4. Welche Anforderungen stellt Art. 3 VO (EU) Nr. 2016/1036 an die Marktdefinition und Schadensanalyse bei hochspezialisierten Luftfahrtlegierungen?

FGO § 56 Abs 2 S 3:

Wiedereinsetzung, Rechtsschutz, Klagefrist, Fast-Lane-Verfahren

Bundesfinanzhof Az: VI R 6/26

Freischaltung der beSt-Zugänge ab 1.1.2023 und sog. Fast-Lane-Verfahren: Ist die (inzi-dente) Nachholung der versäumten Rechtshandlung (hier: erneute Einreichung einer Kla-geschrift) durch Betreiben des Klageverfahrens im Hinblick auf die Gewährleistung der in Art. 19 Abs. 4 Satz 1 GG dargelegten Anforderungen des BVerfG vom 23. Juni 2025 - 1 BvR 1718/24 notwendig, um den Anforderungen des § 56 Abs. 2 Satz 3 FGO Genüge zu tun?

KStG § 8 Abs 3 S 2:

Verdeckte Gewinnausschüttung, Genossenschaft, Lebensführung

Bundesfinanzhof Az: I R 32/25

Steuerliche Behandlung von Aufwendungen für private Reisen und Förderung sozialer oder kultureller Belange bei Genossenschaften als verdeckte Gewinnausschüttungen?

KStG § 8 Abs 3 S 2:

Verdeckte Gewinnausschüttung, Genossenschaft

Bundesfinanzhof Az: I R 33/25

Unter welchen Voraussetzungen liegen verdeckte Gewinnausschüttungen an Genossen-schaftsmitglieder vor?

KStG § 8 Abs 3 S 2:

Verdeckte Gewinnausschüttung, Genossenschaft, Steuerbefreiung

Bundesfinanzhof Az: I R 31/25

1. Körperschaftsteuerbefreiung gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 10 KStG - Keine Begünstigung von als "solidarische Mitglieder" bezeichneten Personen ohne Stimmrecht und ohne Anspruch auf Förderung?
2. Stellen Aufwendungen für die private Lebensführung der ordentlichen Mitglieder einer Genossenschaft eine verdeckte Gewinnausschüttung dar?

TabStG § 1 Abs 1 S 1:

Tabaksteuer, Herstellung, Steuergegenstand

Bundesfinanzhof Az: VII R 22/26

Tabaksteuerrechtliche Behandlung von Tabak-Scraps (kleinere, gedroschene und ent-ripte Tabakblattstücke)

1. Sind Tabak-Scraps als Rauchtabak zu qualifizieren und damit Steuergegenstand nach § 1 Abs. 2 Nr. 3 TabStG oder handelt es sich hierbei noch um Rohtabak, der aufgrund der noch notwendigen Arbeitsschritte bzw. Herstellungsprozesse nicht der Tabaksteuer unter-liegt?
2. Der EuG hat mit Urteil Hauptzollamt A gegen Scrap-Transporteur vom 29.04.2026 - T-194/25 (EU:T:2026:303) über das Vorabentscheidungsersuchen vom 17.09.2024 - VII R 42/20 entschieden. Der Rechtsstreit wird nun unter dem neuen Az. VII R 22/26 (VII R 42/20) fortgeführt.

TabStG § 1 Abs 1 S 1:

Tabaksteuer, Steuergegenstand, Herstellung

Bundesfinanzhof Az: VII R 23/26

Tabaksteuerrechtliche Behandlung von Tabak-Scraps (kleinere, gedroschene und entrippte Tabakblattstücke)

1. Sind Tabak-Scraps als Rauchtabak zu qualifizieren und damit Steuergegenstand nach § 1 Abs. 2 Nr. 3 TabStG oder handelt es sich hierbei noch um Rohtabak, der aufgrund der noch notwendigen Arbeitsschritte bzw. Herstellungsprozesse nicht der Tabaksteuer unterliegt?

2. Der EuG hat mit Urteil Hauptzollamt A gegen Scrap-Transporteur vom 29.04.2026 - T-194/25 (EU:T:2026:303) über das Vorabentscheidungsersuchen vom 17.09.2024 - VII R 42/20 entschieden. Der Rechtsstreit wird nun unter dem neuen Az. VII R 23/26 (VII R 43/20) fortgeführt.

UmwStG § 22 Abs 2 S 1:

Einbringungsgewinn, Anteilstausch, Veräußerung, Formwechsel

Bundesfinanzhof Az: X R 18/25

1. Fällt die Gesellschaftsform SLU (sociedad limitada unipersonal) unter die im Anhang der FRL 2005 aufgelisteten Gesellschaftsformen?

2. Steht die mögliche Doppelansässigkeit der SL (sociedad limitada) der Anwendung der FRL 2005 entgegen?

3. Kann eine natürliche Person Gesellschafter sein i.S. des Art. 8 FRL 2005 und unter welchen Voraussetzungen?

4. Führt bei Anwendbarkeit von Art. 8 FRL 2005, der grundsätzlich einen Anspruch auf Besteuerungsaufschub beim Anteilstausch gewährt, Art. 8 Abs. 4 FRL 2005 im Streitfall zu einem vollständigen oder, --im Sinne eines im Wortlaut nicht angelegten "soweit"--, zum partiellen Wegfall des Anspruchs auf Besteuerungsaufschub?

5. Führt ein Formwechsel im Sinne von § 22 Abs. 2 UmwStG 2006 im Jahr des Formwechsels -hier 2008- dazu, dass von einer Veräußerung des erworbenen Anteils (hier an einer GmbH) durch den Gesellschafter i.S. des Art. 8 Abs. 6 FRL 2005 auszugehen ist?

6. Verstößt die von § 22 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 1 UmwStG 2006 angeordnete Besteuerung des Einbringungsgewinns II materiell gegen die Vorgaben der FRL 2005, insbesondere Art. 8 FRL 2005?

UStG § 14 Abs 4:

Vorsteuerabzug, Rechnungsberichtigung, berichtigungsfähige Rechnung, zeitliche Zuordnung, Besteuerungszeitraum

Bundesfinanzhof Az: V R 6/26

Liegt ein nach § 16 Abs. 2 Satz 1 i.V.m. § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 UStG in der in den Streitjahren 2005 und 2006 geltenden Fassung abziehbarer Vorsteuerbetrag bereits für den Besteuerungszeitraum des Leistungsbezugs vor, wenn das während dieses Besteuerungszeitraums zugegangene Abrechnungsdokument nicht über die erforderlichen Angaben verfügt, damit es als berichtigungsfähige Rechnung angesehen werden kann, und dem Leistungsempfänger eine hierauf bezogene Berichtigung erst nach Ablauf des Voranmeldungs- und Besteuerungszeitraums des Leistungsbezugs zugeht?

UStG § 14 Abs 4:

Vorsteuerabzug, Rechnungsberichtigung, berichtigungsfähige Rechnung, zeitliche Zuordnung, Besteuerungszeitraum

Bundesfinanzhof Az: V R 7/26

Liegt ein nach § 16 Abs. 2 Satz 1 i.V.m. § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 UStG in der in den Streitjahren 2007 und 2008 geltenden Fassung abziehbarer Vorsteuerbetrag bereits für den Besteuerungszeitraum des Leistungsbezugs vor, wenn das während dieses Besteuerungszeitraums zugegangene Abrechnungsdokument nicht über die erforderlichen Angaben verfügt, damit es als berichtigungsfähige Rechnung angesehen werden kann und dem Leistungsempfänger eine hierauf bezogene Berichtigung erst nach Ablauf des Voranmeldungs- und Besteuerungszeitraums des Leistungsbezugs zugeht?

UStG § 15 Abs 1a:

Vorsteuerabzug, Motorsport, Abzugsverbot, Sponsoring

Bundesfinanzhof Az: V R 33/25

Sind Vorsteuern aus Eingangsleistungen, die auch im Zusammenhang mit dem "Rennbetrieb" der Klägerin stehen, selbst dann vom Vorsteuerabzug nach § 15 Abs. 1a UStG i.V.m. § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 4 EStG ausgeschlossen, wenn die Klägerin den Hauptzweck ihres Rennbetriebs in der Erbringung von Werbeleistungen gegenüber fremden Geschäftspartnern sieht?

ZKDV Art 292:

Passive Veredelung, Einfuhrabgaben

Bundesfinanzhof Az: VII R 21/26

1. Handelt es sich um ein fahrlässiges Versäumnis, die eingeführte Ware nicht bei dem laut Bewilligung angegebenen Zollamt zur vorübergehenden Ausfuhr anzumelden, so dass die Befreiung von Einfuhrabgaben nicht gewährt werden kann, da die Bedingungen des Art. 150 Abs. 2 ZK nicht erfüllt sind und dies wirkliche Folgen für das reibungslose Verfahren der passiven Veredelung hat?

2. Der EuG hat mit Urteil A-GmbH gegen Hauptzollamt C. vom 15.04.2026 - T-589/24 (EU:T:2026:254) über das Vorabentscheidungsersuchen vom 06.08.2024 - VII R 27/21 entschieden. Der Rechtsstreit wird nun unter dem neuen Az. VII R 21/26 (VII R 27/21) fortgeführt.